
Berichte aus der Praxis

Schulnahe gewerkschaftliche Bildungspolitik Das Konzept und erste Erfahrungen der Arbeitskreise „Schule-Gewerkschaft“

Hoffnung auf die Gewerkschaften im Kampf um eine Schulreform

Immer häufiger werden von jungen Lehrern, die sich um eine Reform der Schule in der Bundesrepublik bemühen, die Gewerkschaften als organisatorischer Hintergrund für die schulreformerische Zusammenarbeit von Lehrern und Eltern aus der Arbeiterschaft genannt¹. Dem liegt angesichts der Entwicklung im Spektrum der politischen Parteien die Annahme zugrunde, daß die Gewerkschaften wohl noch am meisten als Organisation der Arbeiterschaft anzusehen sind, sie also einen Kampf um eine Schulpolitik im Interesse der Lohnabhängigen als wesentlichen Teil ihrer Aktivitäten verstehen müssen.

Zwar gibt es Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bildungspolitik, doch fehlte es bisher an bildungspolitischer Arbeit an der einzelnen Schule, die mehr ist als Aktivität der Lehrgewerkschaft (GEW) und die auch von Gewerkschaften anderer Bereiche getragen wird, wobei besonders an gewerkschaftlich organisierte Eltern aus der Arbeiterschaft zu denken ist.

Warum bisher die Schule noch nicht stärker ein Feld gewerkschaftlicher Aktivität geworden ist, kann hier nicht untersucht werden, resultiert aber aus einem Selbstverständnis in den Gewerkschaften, das ihren Arbeitsbereich primär im Produktionsbereich sieht, noch kaum im Bereich der Reproduktion, der Herstellung und Wiederherstellung der Arbeitskraft. Als zweiter Punkt ist die Schwierigkeit zu nennen, eher mittelstandsorientierte Schulreformziele mit Zielen der Gewerkschaften in Übereinstimmung zu bringen.

Die Diskussion um die Probleme der Arbeitslehre, als Maßnahmen, eine Brücke zwischen Schule und „Arbeitswelt“ herzustellen, war ein Ansatzpunkt zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen Schule und Gewerkschaften, als Gegenkonzept zu den von der Kapitaleseite getragenen, sehr einflußreichen Arbeitskreisen „Schule—Wirtschaft“². Als Organisation dieser Zusammenarbeit zwischen gewerkschaftlich organisierten Lehrern und Arbeitern aus anderen Gewerkschaften sollten Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“ gegründet werden.

1 Vgl. Frohn, Helmut: Eltern und Lehrer im Schulkampf, in: päd. extra Nr. 10, 15. Mai 1974, S. 19-20 sowie Brühl, Dieter/Fleßner, Heike: Arbeiterinteressen in der Hauptschule, in: Demokratische Erziehung, 1/1975, S. 35-44.

2 Vgl. Nyssen, Friedhelm: Schule im Kapitalismus, Köln 1970 sowie Briese, Volker: Schule und Beruf, in: Verlag für Bildungsplanung und Bildungsforschung (Hrsg.): Reader zur Reform der berufsbezogenen Ausbildung, München 1976.

Die Entstehung der Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“

In der Vorbemerkung zu einer Materialsammlung zur Gründung von Arbeitskreisen „Schule—Gewerkschaft“ in Nordrhein-Westfalen (zitiert als „Materialien“) heißt es: „Der Kampf um die Durchsetzung und Verteidigung von Reformen muß an der Basis geführt werden.“ Als Instrument dieses Basiskampfes sollen die Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“ dienen. Man könnte schon an dieser Stelle kritisch ansetzen und auf die geringe Präzision dieses Satzes hinweisen. „Durchsetzung und Verteidigung von Reformen“ ist viel zu allgemein, um einer großen Zahl von Gewerkschaftlern deutlich zu machen, daß es bei diesen Arbeitskreisen um ihre direkten Interessen geht. Erst diese Erkenntnis, daß es nicht um irgendwelche Reformen geht, sondern um ganz bestimmte, ist die Voraussetzung für eine aktive Mitarbeit von Gewerkschaftlern (Eltern!), die nicht durch besondere Funktionen in den Gewerkschaften sozusagen von Amts wegen zur Mitarbeit verpflichtet sind. Erst dann aber kann von einem Kampf der Basis gesprochen werden. Doch ehe diese Kritik zu vertiefen ist, soll kurz die Entwicklung bis zur Gründung der Arbeitskreise in einzelnen Orten dargestellt werden.

Die ersten Anregungen solcher Arbeitskreise zielten nicht auf ein allgemeines Reformdurchsetzungs- oder Verteidigungsinstrument, sondern hatten, wie oben schon angedeutet, konkret die Organisation eines gewerkschaftlichen Gegengewichtes zu den von den „Arbeitgebern“ getragenen Kreisen „Schule—Wirtschaft“ im Auge. Diese Gegengewichtsrolle wird auch in dem Namen der Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“ deutlich. Auf dem 9. Bundeskongreß des DGB 1972 wurde der Antrag des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen angenommen, „sobald als möglich Arbeitsmaterial und Unterrichtshilfen (Informationen für Lehrer) für den Fachbereich Arbeitslehre zu erstellen. Darüber hinaus sollen organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden, damit auf örtlicher Ebene Arbeitskreise zwischen Gewerkschaften und Lehrern (Schule und Betrieb) als Gegengewicht zu den Arbeitskreisen „Schule—Wirtschaft“ eingerichtet werden können.“ (Materialien S. 1)

Der Antrag auf dem 9. Bundeskongreß des DGB entstand aus der Diskussion in der GEW Nordrhein-Westfalens, wo schon 1968 auf der Vertreterversammlung in Siegen und noch konkreter 1970 in Essen, die Forderung nach solchen Arbeitskreisen gestellt wurde: „Ferner sind erziehungspolitische Arbeitskreise auf der Ebene der DGB-Ortskartelle anzuregen, die besonders die Probleme Schule—Wirtschaft vom gewerkschaftlichen Standpunkt behandeln.“ (Materialien S. 1) Diese GEW-Initiativen ergaben sich aus der Erkenntnis, daß einerseits die Lehrer nicht die nötigen Kenntnisse für einen Unterricht über Probleme der Wirtschaft hatten, daß andererseits bildungspolitische Forderungen eine größere Durchsetzungskraft erhalten, wenn sie von der breiteren Basis der im DGB vereinigten Gewerkschaften unterstützt werden.

So war es auch wieder die GEW, hinzu kam die Gewerkschaftsjugend, wo Studenten und junge Lehrer der GEW als „Teamer“ mitarbeiten, die 1973 auf die Einrichtung der Arbeitskreise drangen. Auf der Bildungspolitischen Konferenz des DGB 1973 in Essen wurde von der Arbeitsgemeinschaft „Demokratische Neubestimmung der Ziele, Inhalte und Verfahren“ erneut die Bedeutung der zu gründenden Arbeitskreise „Schule^ Gewerkschaft“ herausgestellt, wobei die Aufgabenstellung erweitert wird. Der Generalsekretär der GEW, *Ernst Reuter*, formuliert diese neue Orientierung: Seien die Arbeitskreise zunächst als Gegengewicht zu der starken Beeinflussung der Lehrer durch Institutionen und Publikationen der „Arbeitgeber“ über Probleme der Arbeits- und Wirtschaftswelt gedacht gewesen, so könnten sie „sich bei entsprechender Erweiterung ihres Aufgabenbereiches darüber hinaus als geeignetes Instrument erweisen, breite Bevölkerungsschichten über ihre Benachteiligungen im Bildungswesen aufzuklären und durch

Druck von unten die verantwortlichen Bildungspolitiker zu Verbesserungen zu zwingen." (Materialien S. 4) Die Arbeitskreise, in denen nach Reuter Vertreter des DGB, einzelner Gewerkschaften, Jugendvertreter, Betriebsratsmitglieder und Eltern zusammenarbeiten, sollen zu einer kritischen Instanz für die organisatorische und inhaltliche Entwicklung des Bildungswesens in einem überschaubaren Bereich werden. Dabei ist interessant, daß Reuter die Lehrer bei der Aufzählung derer, die mitarbeiten sollen, nicht ausdrücklich nennt. Das mag aus der Position Reuters als Generalsekretär der Lehrer-gewerkschaft zu verstehen sein, der das Gewicht der Lehrer in den Arbeitskreisen eher herunterspielen wollte.

Während Reuters Erklärung recht allgemein, ja durch zu große Allgemeinheit schon problematisch (z. B. „Breite Bevölkerungsschichten über ihre Benachteiligung im Bildungswesen aufzuklären“) wird, nennt das Beratungsergebnis der Arbeitsgemeinschaft zwar auch nicht mehr die Arbeitslehre als konkretes Anliegen der Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“, formuliert aber eine realistischere Aufgabenstellung, die konkretere Interessen an einer Mitarbeit als gewerkschaftliche Interessen signalisiert. „Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter, Schüler, Eltern und gewerkschaftlich organisierte Lehrer sollen gemeinsam gewerkschaftspolitische Forderungen in bezug auf die demokratische Neubestimmung der Ziele, Inhalte und Lehr-/Lernverfahren entwickeln.“ (Materialien S. 4) Es wird also nicht von fertigen Ereignissen ausgegangen, auf die man zurückgreifen kann, sondern die Aufgabe der Arbeitskreise sei zunächst einmal die Erarbeitung von Forderungen für eine Schulreform im Interesse der Lohnabhängigen, von Forderungen, für die sich dann eine breite Unterstützung der Mitglieder aller DGB-Gewerkschaften finden läßt. Auf die Möglichkeit, in den DGB-Gewerkschaften bei bildungspolitischen Forderungen einen organisatorischen Hintergrund zu finden, wird in der folgenden Passage des Beratungsergebnisses hingewiesen: „Durchgesetzt werden können diese Forderungen nur im solidarischen Handeln aller DGB-Gewerkschaften. Dies ist auch notwendig, um die Disziplinierung derjenigen zu verhindern, die diese gewerkschaftlichen Forderungen verwirklichen wollen. Hierzu sind gewerkschaftliche Aktionen sowohl zu aktuellen Konflikten als auch zur Durchsetzung prinzipieller Strategien erforderlich.“ (Materialien S. 4)

In den verschiedenen Verlautbarungen der GEW wird immer wieder die Wichtigkeit der Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“ betont. Dennoch kommt es nur zögernd zu einzelnen Gründungen. Die Initiative örtlicher Arbeitskreise erhalten kaum Unterstützung von den Gewerkschaftszentralen der GEW oder des DGB. Bezeichnend ist, daß die Abteilung Bildung des DGB-Bundesvorstandes in Düsseldorf im Herbst 1974 auf eine Anfrage zu den Arbeitskreisen mitteilt, man sei dort über vorhandene Aktivitäten nur punktuell informiert. Bei der eher auf die Zentralen hin orientierten Struktur der Gewerkschaften entstehen bei solchen Initiativen gewisse Schwierigkeiten. So begründet der DGB-Kreisvorsitzende des Kreises Bochum-Wattenscheid bei der Gründungsversammlung eines Arbeitskreises „Schule—Gewerkschaft“, warum seit dem Beschluß von 1972 über ein Jahr vergangen sei, bis es zu einer konstituierenden Sitzung gekommen sei: „Daß es erst jetzt zu einem ersten Treffen gekommen sei, hätte daran gelegen, daß Entscheidungen von der Landes- und Bundesebene abgewartet werden mußten. Es wäre nämlich beabsichtigt, diese Arbeitskreise in der ganzen BRD einzurichten, und das solle einheitlich geschehen. Nachdem aber auf dem Bundeskongreß des DGB drei Anträge zum Thema angenommen worden seien, bisher aber von dieser Stelle keine Konzeption vorgelegt worden sei, wolle man sich jetzt auf Kreisebene um einen Modellversuch bemühen, um an Hand erster Erfahrungen Entscheidungshilfen zu geben.“ (Protokoll der Gründungssitzung vom 5. 9. 73, in Materialien).

Andererseits liegt in der Unabhängigkeit vom zentralen Gewerkschaftsapparat die Chance echter Basisaktivität, ohne daß ständig auf zentrale Aktionen gewartet werden muß. Diese können, wenn überhaupt, nur sehr schwerfällig in Gang gebracht werden, während nunmehr unmittelbar vor Ort gearbeitet werden kann.

Die Initiative einzelner, meist gewerkschaftlich organisierter Lehrer, führte zur Gründung der ersten Arbeitskreise, die jetzt nach der Überwindung dieser Schwelle, Modelle von basisnaher Gewerkschaftsarbeit darstellen können.

Erfahrungen

Trotz übergreifender DGB-Beschlüsse schlug sich in den Arbeitskreisen zumindest in der Gründungsphase die Aufteilung einzelner Spezialaufgaben auf die einzelnen Gewerkschaften nieder, wonach für Fragen des Bildungswesens eben die GEW zuständig ist. Daraus ergibt sich die Gefahr, daß es in den Arbeitskreisen zu einer Struktur kommt, die für die Arbeit nicht förderlich sein kann, die den Absichten der Gründung geradezu widersprechen, nämlich zu einem Übergewicht der Lehrer.

Bei der Gründung bemühten sich die GEW-Lehrer, die Entwicklung durch oft recht umständliche Formalisierung und Legitimierung durch DGB-Gremien zu vermeiden. Diese Formalisierung geht z. B. so weit, daß ein Arbeitskreis als Ausschuß des DGB-Kreisvorstandes eingerichtet wurde, in den die Einzelgewerkschaften und der Kreisjugendausschuß Mitglieder nach einem festgelegten Schlüssel entsenden. Dieser Ausschuß fungiert als Kerngremium, das die Arbeit plant, wozu auch Veranstaltungen gehören, die weitere gewerkschaftliche Kreise einbeziehen sollen. Diese Konzeption verhindert zwar das zahlenmäßige Übergewicht der Lehrer im Arbeitskreis. Andererseits bedeutet aber diese Formalisierung, die Konstruktion des Arbeitskreises auf Funktionärs Ebene, eine Erschwerung der Mobilisierung zur Ad-hoc-Mitarbeit „normaler“ Gewerkschaftler oder Eltern. Und zu einer kontinuierlichen Mitarbeit eben der gewerkschaftlichen Basis läßt eine solche Konstruktion kaum ein. Man muß eine solche Formalisierung als eine Hilfskonstruktion für die Gründungsphase ansehen, konkrete Arbeit an Schulreformprojekten in konkreten Schulen kann damit kaum geleistet werden. Es ist sogar zu fragen, ob diese Konstruktion nicht die Bildung echter Arbeitsgruppen eher behindert und von daher auch in der Gründungsphase vermieden werden sollte. Wie weit es gelingt bei dieser Konstruktion des Arbeitskreises als Ausschuß des DGB-Kreisvorstandes, neben öffentlichen Veranstaltungen Arbeitsgruppen zu initiieren und bei ihrer Arbeit zu unterstützen, kann wegen der noch kurzen Zeit des Bestehens dieses Arbeitskreises nicht überprüft werden. Erfahrungen an anderen Orten sprechen eher gegen ein solches Vorgehen.

Auch in Dortmund wurden bei der Gründungsversammlung eines Arbeitskreises alle Einzelgewerkschaften eingeladen. Jedoch machten einige von Anfang an nicht mit, und von denen, die zu der Gründungsversammlung gekommen waren, blieben einige bei der weiteren Arbeit weg. Diese Entwicklung weist auf das nicht gleichmäßig vorhandene Interesse in den Einzelgewerkschaften für die schulpolitische Arbeit hin, das auch durch eine Delegationspflicht, wie in der oben diskutierten Konstruktion skizziert, nicht erzwungen werden kann.

In Dortmund entwickelte sich die Initiative zu einem Arbeitskreis „Schule—Gewerkschaft“ aus der gemeinsamen Arbeit von Lehrern und Kollegen der IG Metall an einem Konzept für Betriebspraktika aus gewerkschaftlicher Sicht. Das Thema Betriebspraktikum blieb dann auch neben der Vorbereitung von Schulentlassaktionen (Party) und der Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien ein zentrales Arbeitsgebiet des Arbeitskreises. Nach der formalen Gründung auf Kreisebene des DGB („Gründung und Absegnung durch den DGB“, A. Pitz in Materialien) wurde in drei Gruppen, die je eines der drei

Themen übernehmen, weitergearbeitet. Es wurden zwar noch weitere Arbeitsthemen besprochen, aber die Konzentration auf wenige Themen dann vorgezogen, da schon deren Bearbeitung (z. B. die Vorbereitung und Durchführung einer Schulentlaßaktion, in deren Zentrum eine Schulentlaßparty stand) sehr viel Zeit beanspruchte.

Wenn auch diese Schulentlaßparty in dem anschließend vom Arbeitskreis erstellten Erfahrungsbericht nicht gerade als Erfolg gebucht wird, denn der unterhaltende Teil habe die informierenden Elemente, um die es eigentlich ging, kaum zur Wirkung kommen lassen, scheint der Ansatz, in einer gelockerten Form Schülern, die demnächst die Schule verlassen, mit Gewerkschaftlern, also mit zukünftigen Kollegen aus dem Bereich, in den die Jugendlichen nach der Schule ziemlich unvermittelt kommen, zusammenzubringen, sicher richtig. Interessant für das hier untersuchte Problem ist der Hinweis im Erfahrungsbericht, daß für die Vorbereitung und Durchführung zukünftiger Schulentlaßaktionen gewerkschaftlich aktive Eltern der Schulen gewonnen werden sollten.

Bilanz

Aus den vorliegenden Erfahrungsberichten geht, was die Mitarbeit in den Arbeitskreisen anbelangt, hervor, daß es sich überwiegend um gewerkschaftlich organisierte Lehrer und Vertreter der Einzelgewerkschaften handelte, die in ihrer Gewerkschaft Funktionen innehaben. So waren es bei einer konstituierenden Sitzung eines Arbeitskreises in der Mehrheit Mitglieder der Stadt- bzw. der Kreisvorstände. Das mag an der Gründungssituation liegen und an dem Bemühen, möglichst alle Gewerkschaften anzusprechen. Von solchen Funktionärsgruppen ist konkrete Arbeit an Projekten einzelner Schulen kaum zu erwarten. Sollen die Arbeitskreise lebensfähig bleiben und nicht nur Gremien ohne Bezug zur Basis werden, dann scheint die Vorgehensweise der Aufteilung des Arbeitskreises in Arbeitsgruppen mit einem Thema (Vorhaben) am ehesten geeignet zu sein, Kristallisationspunkte für schulpolitisches Engagement auch von Eltern aus der Arbeiterschaft zu bieten. (Wobei die Mitarbeit oft nur punktuell und für ein bestimmtes Vorhaben zu erreichen sein wird.) Aus dem Erlebnis einer solchen Aktion kann sich jedoch die Motivation zur weiteren Mitarbeit entwickeln, wenn die Bedeutung der Aufgaben den Arbeitern einsichtig sind.

Es hängt im großen Maße von den Inhalten und Zielen der Vorhaben ab, ob es zu einer erweiterten Mitarbeit auch von Eltern aus der Arbeiterschaft kommt. Ein Katalog von Themen für die Arbeitskreise, der aus Vorschlägen des Arbeitskreises junge Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW, des GEW-Generalsekretärs und der Arbeitskreise Bochum und Dortmund zusammengestellt wurde, widerspiegelt noch stark das Übergewicht der Lehrer in den Arbeitskreisen und klingt recht akademisch. Vor allem handelt es sich bei vielen „Themen“ um theoretische Arbeit, um „kritische Beobachtung“ und „Analysen“, das Arbeitsergebnis ist Papier, d. h. Dokumentation und Materialien (Materialien S. 9—10).

Bisherige Erfahrungen mit Arbeitskreisen „Schule—Gewerkschaft“ geben noch kaum sichere Anhaltspunkte dafür, ob sie einen Beitrag zum gemeinsamen Schulkampf von Lehrern und Eltern leisten können. Bei entsprechend konkreter Aufgabenstellung und stärker dezentralisierten schul- und betriebsnahen Arbeitsformen könnten jedoch langfristig Impulse für ein verstärktes Engagement auch von Eltern aus der Arbeiterschaft für Schulreformprojekte erwartet werden.

Diese Entwicklung steht aber in einem engen Zusammenhang mit der Verstärkung der Basisarbeit in den Gewerkschaften selber, z. B. durch ein Konzept betriebsnaher gewerkschaftlicher Bildungsarbeit oder durch den Ausbau der Vertrauensleutestruktur in den Betrieben. Sollen Gewerkschaftler als Eltern schulpolitisch aktiv werden, dann müssen

sie zunächst aktive Gewerkschaftler werden, und das geht nicht, wenn für die Mehrzahl der Mitglieder gewerkschaftliche Praxis Tarifpolitik ist, die von den dazu eingesetzten Funktionären erledigt wird, von der außer in der Lohntüte die Gewerkschaftsmitglieder nur selten durch Urabstimmung und Streiks etwas merken. Findet diese Entwicklung der Gewerkschaften nicht statt, dann bleiben die Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“ auch nur Funktionärsghremien, was die Mitarbeit der Nichtlehrer anbetrifft, auf die es aber gerade bei der Initiative dieser Arbeitskreise ankam. Die Arbeitskreise fungieren dann für die schulreformerisch aktiven Lehrer als Legitimation ihrer Arbeit, bestenfalls als Schulkampf für die Interessen der Lohnabhängigen, ohne eigentliche Mitwirkung derer, für die dieser Kampf angeblich geführt wird. Sie bieten aber keine Plattform für den gemeinsamen Schulkampf von Lehrern und Eltern aus der Arbeiterschaft.

Nach anfänglichem Optimismus bei den Lehrern, die sich um den Aufbau von Arbeitskreisen „Schule—Gewerkschaft“ bemüht haben, besonders auch in der Hoffnung, so einen besseren Kontakt mit den Eltern ihrer Schüler zu bekommen und gegebenenfalls zusammen mit den Eltern an den einzelnen Schulen Reformprojekte durchzusetzen, ist nach etwa zwei Jahren Arbeit wenn nicht Resignation, so doch Ernüchterung eingetreten. Bei den Lehrern ist der Eindruck entstanden, daß die Einzelgewerkschaften und auch der DGB noch nicht voll hinter dieser Initiative stehen. Wenn Arbeitskreise bestehen, dann handelt es sich meist nicht um Gruppen an den Schulen, sondern um relativ losgelöste Gruppen, die gerade ihre ursprünglich intendierte Verbindungsfunktion zwischen Schule und Eltern aus der Arbeiterschaft nicht erfüllen. Sie dienen bestenfalls der innergewerkschaftlichen bildungspolitischen Diskussion.

Arbeitskreise „Schule—Gewerkschaft“ als aktive Gruppen für eine schulnahe gewerkschaftliche Bildungspolitik sind also noch Programm. Bisherige Erfahrungen sprechen nicht grundsätzlich gegen dieses Programm, zeigen aber die großen Schwierigkeiten der Realisierung. Sie versprechen keine kurzfristigen Erfolge, sondern einen langen Weg zu einer demokratischen Schulreform.

Volker Briese, Paderborn